



HESSISCHER LANDTAG

17. 02. 2026

Kleine Anfrage

**Kaya Kinkel (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN),
Martina Feldmayer (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
und Mirjam Glanz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) vom 29.10.2025**

Zukunft des ehemaligen Kernkraftwerkstandorts Biblis

und

Antwort

Chef der Staatskanzlei

Vorbemerkung Fragesteller:

Im Artikel des „Südhessen Morgen“ vom 15. Oktober 2025 werden die Pläne vorgestellt, nach denen der ehemalige Standort des AKW Biblis zu einem Gewerbe- und Forschungspark entwickelt werden soll. Auch die Landesregierung ist nach dem Bericht in die Planungen eingebunden und hat eine entsprechende Absichtserklärung unterzeichnet. Diese sieht vor, dass der Standort insbesondere für das Unternehmen Focused Energy zu einem Zentrum für laserbasierte Kernfusionsforschung werden soll.

Vorbemerkung Chef der Staatskanzlei:

Hessen strebt an, durch die Entwicklung der laserbasierten Kernfusion einen internationalen Leitstandort für nachhaltige Energie zu etablieren. Dabei setzt sich die Landesregierung für klare regulatorische Rahmenbedingungen ein und strebt breite Unterstützung auf Bundes- und EU-Ebene an.

Das Memorandum of Understanding (MoU), das von mehreren Unternehmen und Forschungseinrichtungen sowie der Hessischen Landesregierung unterzeichnet wurde, definiert folgende Ziele und Maßnahmen:

- Klimaneutrale Energieversorgung: Beitrag zur hessischen Klimaneutralität durch eine saubere, grundlastfähige und ressourcenschonende Energiequelle.
- Energiesouveränität: Diversifizierung der Energiequellen und Reduzierung der Abhängigkeit von fossilen Brennstoffen.
- Wirtschaftliche und wissenschaftliche Führung: Schaffung eines innovativen Ökosystems, das Forschung, Entwicklung und industrielle Fertigung verbindet.
- Forschungsinfrastruktur: Aufbau eines Kernfusionscampus mit Testanlagen (zum Beispiel SubScale Implosion Facility in Biblis, LaserHub in Darmstadt) und Entwicklung von Demonstrationskraftwerken.
- Bildungsoffensive: Einrichtung einer Professur und eines Studiengangs „Kernfusion“ an hessischen Hochschulen.
- Netzwerkbildung: Schaffung eines interdisziplinären Forschungsnetzwerks und Förderung von Kooperationen mit nationalen und internationalen Partnern.
- Finanzierung: Bereitstellung von bis zu 20 Millionen Euro aus Landesmitteln (2025) sowie Einwerbung weiterer Fördergelder (BMBF, EU).

Diese Vorbemerkungen vorangestellt beantworte ich die Kleine Anfrage im Einvernehmen mit dem Minister für Wirtschaft, Energie, Verkehr, Wohnen und ländlichen Raum, dem Minister für Landwirtschaft und Umwelt, Weinbau, Forsten, Jagd und Heimat, dem Minister für Wissenschaft und Forschung, Kunst und Kultur sowie dem Minister der Finanzen wie folgt:

Frage 1 Wie groß ist die Gesamtfläche des ehemaligen Kraftwerksstandorts Biblis und welche Teilflächen werden in den kommenden Jahren oder sind aktuell bereits für eine gewerbliche oder forschungsbezogene Nachnutzung verfügbar?

Eigentümer des Geländes ist die RWE. Die Landesregierung kann nicht für ein Privatunternehmen sprechen.

Frage 2 Erwägt die Landesregierung den Erwerb von Grundstücken oder Teilflächen von RWE zur weiteren Standortentwicklung?

Frage 3 Falls ja: In welchem Stadium befinden sich diese Überlegungen oder Verhandlungen, welche Akteure sind daran beteiligt und welcher Preis wurde von der RWE aufgerufen?

Die Fragen 2 und 3 werden zusammen beantwortet.

Die Landesregierung befindet sich derzeit in Sondierungsgesprächen mit dem Unternehmen. Beteiligt sind an dem Sondierungsprozess von Seiten der Landesregierung die Staatskanzlei, das Ministerium für Wirtschaft, Energie, Verkehr, Wohnen und ländlichen Raum (HMWVW), das Ministerium für Landwirtschaft und Umwelt, Weinbau, Forsten, Jagd und Heimat (HMLU), das Ministerium für Wissenschaft und Forschung, Kunst und Kultur (HMWK) sowie das Ministerium der Finanzen (HMdF) und eine Rechtsanwaltskanzlei. Von Seiten RWE beteiligt sind die RWE AG, die RWE Nuclear GmbH sowie eine Rechtsanwaltskanzlei.

Frage 4 Welche finanziellen Verpflichtungen, insbesondere im Hinblick auf Rückbau-, Entsorgungs- oder Altlastenbeseitigungsmaßnahmen, sind derzeit mit den von RWE gehaltenen Flächen verbunden?

Die RWE Nuclear GmbH ist nach § 7 Abs. 3 Satz 4 Atomgesetz (AtG) verpflichtet, die beiden Blöcke des Kernkraftwerks Biblis unverzüglich stillzulegen und abzubauen; hierfür hat sie die Kosten zu tragen, deren Höhe der Landesregierung nicht bekannt ist. Die Kosten für die sichere Entsorgung der radioaktiven Abfälle trägt der Fonds zur Finanzierung der kerntechnischen Entsorgung. Für den Übergang dieser Pflichten in Bezug auf die beiden Blöcke des KKW Biblis hatte RWE gemäß Anlage 2 des Entsorgungsfondsgesetzes (EntsorgFondsG) 2.554.250.054 Euro zu entrichten.

Frage 5 Würden im Falle eines Erwerbs durch das Land Hessen bestehende Rückbauverpflichtungen oder Haftungsrisiken ganz oder teilweise auf das Land übergehen?

Der Übergang von Rückbauverpflichtungen und Haftungsrisiken im Falle eines Verkaufs der Flächen hänge in erheblichem Maße davon ab, welche vertraglichen Regelungen bei Verkauf getroffen sowie in welchem Zustand die auf den Flächen befindlichen Anlagen übergeben würden. Daher kann die Landesregierung diese Frage derzeit nicht beantworten.

Frage 6 Welche konkreten Rückbau- oder Sanierungsmaßnahmen sind auf dem Gelände noch ausstehend und in welchem Umfang sind diese durch RWE bzw. durch den Bund zu tragen?

Für die Beantwortung dieser Frage wird auf die Antwort zu Frage 4 verwiesen.

Frage 7 Welche Rolle spielt die Landesregierung bei der weiteren Flächenentwicklung – insbesondere in Bezug auf Planungshoheit, Genehmigungsverfahren und Standortprofil?

Damit ein fundiertes Konzept zur Nachnutzung des Standortes Biblis entwickelt werden kann, fördert das HMWVW die Erstellung einer Machbarkeitsstudie, die die Wirtschaftsförderung Bergstraße in Kooperation mit der Gemeinde Biblis, dem Kreis Bergstraße (Auftraggeber) sowie der RWE Nuclear GmbH erstellen wird. Die Machbarkeitsstudie verfolgt das übergeordnete Ziel, mögliche wirtschaftliche Nachnutzungen zu identifizieren sowie deren Potenzial und Realisierungsmöglichkeiten zu bewerten. In diesen Prozess einfließen sollen Ideen und Konzepte von RWE sowie die Ansiedlung von Focused Energy.

Das HMLU ist für atom- und strahlenschutzrechtliche Tätigkeiten auf den Flächen zuständige Aufsichts- und Genehmigungsbehörde.

Frage 8 Mit welchen Unternehmen oder Forschungseinrichtungen steht die Landesregierung im Austausch bezüglich einer möglichen Ansiedlung auf dem Gelände in Biblis? Bitte mit jeweiligem Stand der Gespräche.

Im Rahmen des Runden Tisches Kernfusion haben mehrere Unternehmen und Forschungseinrichtungen ihr Interesse an einer Entwicklung des Standorts Biblis zu einem „Fusionscampus“ bekundet.

Im Rahmen des Runden Tisches Kernfusion haben folgende Unternehmen und Forschungseinrichtungen ihr Interesse an einer Entwicklung des Standorts Biblis zu einem „Fusionscampus“ bekundet und ein entsprechendes Memorandum of Understanding, neben Vertretern der Landesregierung, unterzeichnet:

- Arthur D’Little GmbH,
- Focused Energy GmbH,
- Heraeus Group,
- RWE Power AG mit RWE Nuclear GmbH,
- Schott AG,
- GSI Helmholtzzentrum für Schwerionenforschung GmbH,
- Technische Universität Darmstadt.

Frage 9 Welche Fördermittel oder Unterstützungsinstrumente plant oder prüft die Landesregierung zur Unterstützung der Ansiedlung von Focused Energy oder weiterer Unternehmen im Bereich der Laserfusionsforschung in Biblis?

Das HMWVW hat im Jahr 2025 zwei Forschungsvorhaben im Bereich Laserfusion mit insgesamt 20 Millionen Euro beschieden und unterstützt so konkret den Kapazitätsausbau der industriellen Forschung in Hessen. Ein Teil der Fördermaßnahmen kann auch am Standort Biblis umgesetzt werden.

Darüber hinaus wurden im Rahmen des Technologiellands Hessen Aktivitäten zur Unterstützung des Laserfusionsclusters in Hessen gestartet, um perspektivisch insbesondere das industrielle Ökosystem zu stärken und auszubauen.

Da für eine langfristige Realisierung der ambitionierten hessischen Ziele zusätzliche Bundes- und EU-Fördermittel benötigt werden, insbesondere auch für die industrielle Skalierung der Zulieferer von Hochtechnologie rund um ein Fusionskraftwerk, setzt sich die Landesregierung gegenüber der Bundesregierung weiterhin für ein Engagement im Rahmen der Arbeitsgruppe Kernfusion des IPCEI Nuclear Technologies ein.

Das HMdF hat darüber hinaus Mittel in Höhe von neun Millionen Euro für das Haushaltsjahr 2026 eingeplant.

Wiesbaden, 12. Februar 2026

Benedikt Kuhn